

XXIV. GP.-NR**13100 /J****16. Nov. 2012****Anfrage**

des Abgeordneten Jannach

und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

betreffend „Green Jobs“

In zahlreichen Medien wird die Ministeriums-Werbekampagne der sogenannten „Green Jobs“ beworben. Laut Masterplan des Ministeriums gibt es rund 200.000 Green Jobs in Österreich und eine Erweiterung um 100.000 Stellen ist geplant. Diese Kampagne ließe nun darauf schließen, dass besagte „grüne Arbeitsstellen“ vom Landwirtschaftsministerium extra geschafften wurden und werden. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass nicht die jeweiligen Arbeitsplätze neu konstruiert wurden, sondern die bestehenden Arbeitsprofile minimal verändert bzw. lediglich umbenannt wurden. Demnach konnte sich das Ministerium somit wieder einmal medienwirksam vermarkten.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichnenden Abgeordneten an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft folgende

Anfrage

1. Wie viele „green jobs“ hat das Lebensministerium seit 2008 geschaffen? (aufgelistet nach Jahren und Arbeitsplätzen)
2. Um welche Arbeitsstellen handelt es sich im Detail bei den beworbenen 200.000 bzw. in weiterer Folge zusätzlichen 100.000 Green Jobs?
3. Welche Kriterien hat eine Arbeitsstelle zu erfüllen, um als „green job“ vom Lebensministerium bewertet zu werden?
4. Wer stellt fest, welche Arbeitsstelle ein „green job“ ist?
5. In der Anfragebeantwortung 4974/AB vom 11.06.2010 teilten Sie mit, dass sich die Kosten für die Aufarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen (für das Erstellen des „Green-Jobs-Masterplans) plus externer Unterstützung durch Ramsauer & Stürmer Consultung GmbH. voraussichtlich auf ca. 100.000,-- € belaufen werden. Welche Kosten waren es nun, 2,5 Jahre später, tatsächlich? (Für interne, als auch externe Arbeiten)
6. Seit 01.01.2010 arbeiten und planen interne Arbeitsgruppen an weiteren Maßnahmen für die Aktion „Green Jobs“. Wie viele Personen sind damit beschäftigt, und welche Kosten werden dadurch verursacht?
7. Werden besagte Ministeriumsmitarbeiter auch von externen Stellen diesbezüglich unterstützt?

8. Wenn ja, von wem, und wie hoch sind die Kosten dafür?
9. Welche anderen Kosten fallen durch diese Kampagne für das Ministerium an?

